

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerei
Zugabeblatt
General Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach
Riesa 1554.
Stroßasse
Riesa Nr. 22.

Nr. 153.

Montag, 4. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Baden. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Kundgebotes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Geld-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Geld-Pfennige. Zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligte Rabatte erlischt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Kocher an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Stitzel, Riesa.

„Abrüstungs“-Kompromiß.

Die neue Stimmung der Genfer Dreimächtekonferenz ist recht wichtig in ihr Gegenteil umgewandelt worden. Das man vor einigen Tagen noch schier für unmöglich hielt, ist eingetreten. England ist dem starken amerikanischen Druck gewichen. Das hat bereit erklärt, eine gründliche Revision seiner bekannten Vorschläge vorzunehmen, eine Revision, die zwar nicht die Gesamtheit des Vorschlages grundlegend abändern will, die aber doch in manchen Punkten ein Entgegenkommen zeigt, das den Amerikanern unter Umständen gestattet, ihre Bedenken fallen zu lassen. Interessanter als die Einzelheiten dieses Kompromisses selbst sind vielleicht die Begleitumstände, unter denen es zustande kam. Wie sich jetzt erst herausstellt, hat diese amerikanisch-englische Meinungsverschiedenheit in Genf den gesamten diplomatischen Apparat Washingtons und Londons in Bewegung gesetzt. Amerika beantragte sich nicht nur, durch seine Presse seine Abneigung gegen die englischen Vorschläge zu dokumentieren, es entschloß sich auch, wie jetzt erst bekannt wird, zu einem offiziellen Schritt in London selbst. Die Vorstellungen der amerikanischen Regierung in der Themisstadt waren unmißverständlich deutlich. Die Washingtoner Regierung ließ London nicht darüber im Zweifel, daß nach ihrer Ansicht die Genfer Konferenz, wenn auf der alten Basis weiter verhandelt werde, nicht mehr eine Abrüstung wäre, sondern die größte Ausfaltung, die jemals auf einer derartigen Konferenz beschlossen worden sei. Diese einmütige Stellungnahme Amerikas gegen das englische Projekt verfehlte nicht ihren Eindruck. Insofern wurde der englischen Regierung ein Nachgeben leichter gemacht, als Washington sich immerhin bereit erklärte, die Bildung einer technischen Kommission einzumitteln, die die strittigen Fragen der Beratung der Interimkommission in den nächsten Jahren vorbereiten sollte, um sie dann auf der zweiten Washingtoner Revisionskonferenz vorarbeiten zu können. Diese amerikanische Bereitwilligkeit machte London das Nachgeben etwas schwächer. Ueber das Kompromiß selbst sind die genauen Einzelheiten noch nicht bekannt gegeben worden. Immerhin scheint festzustehen, daß Amerika und England sich darüber geeinigt haben, den Text von Washington, der die damaligen fünf Mächte noch immer bindet, auch weiterhin in Kraft zu lassen. Die an der Zeit in Genf stattfindenden beseitigten drei Mächte werden jedoch gemäß dem Kompromiß-Vorschlag in einer der nächsten Sitzungen der Konferenz ihre Bedenken an Groß-Britannien für die Zeit nach 1931 erklären. Das wären so im großen und ganzen die Gedankengänge des Kompromisses, dessen Einzelheiten jedoch einer längeren Aussprache in Genf vorbehalten bleiben. Nach der Stimmung, die augenblicklich in Genf herrscht, scheinen dem englischen Wunsch nach einer möglichst weitgehenden Festlegung der einzelnen Schiffsstufen keine allzu großen Schwierigkeiten mehr entgegenzusetzen. Ein Hauptgegenstand der Auseinandersetzungen dürfte die Gestaltung der U-Boots-Frage und besonders noch die endgültige Klassifizierung der Kreuzer und Zerstörer sein. Aber trotz dieser Kompliziertheit der technischen Fragen und der Beharrlichkeit, mit der noch die einzelnen Delegationen auf ihrem Standpunkt bestehen, wird man keine falsche Prognose stellen, wenn man behauptet, daß die Genfer Drei-Mächte-Konferenz bereits ihren kritischsten Berg überschritten hat.

Die Konferenz der Notenbanken.

Die gesamte amerikanische Presse bewertet die in diesen Tagen in Newport zusammengetretene Konferenz der Leiter der deutschen, der englischen, der amerikanischen und der französischen Notenbanken als eine der wichtigsten Ereignisse der letzten Jahre. Wenn auch der größte Teil der von den amerikanischen Journalisten aufgestellten Behauptungen als weit über das Ziel gezeichnet bezeichnet werden muß, so sind sie doch symptomatisch für das große Interesse, das man in Amerika allenthalben dieser Aussprache entgegenbringt. Immerhin ist es zweckmäßig, die übertriebenen Meinungen, die besonders die New Yorker "World" über den Inhalt der Aussprache bringt, der realen Wirklichkeit etwas näher zu rücken. Das Blatt glaubt, daß in dieser Konferenz der Notenbanken nicht nur die Frage einer Revision des Dames-Planes, sondern auch die Frage der Zurückziehung der französischen Truppen vom Rhein ernsthaft behandelt werden. Dabei die amerikanische Haltung die erkannte Tatsache zu verlinken weiß, daß England Deutschland in seinen Forderungen unterliegen werde, falls das Reich Großbritannien bei seiner Einkreisungspolitik gegen Rußland beste. Diese Behauptungen der New Yorker Zeitung dürfen uns recht unwahrscheinlich. Unseres Wissens soll auf dieser unverbindlichen Aussprache der Notenbankleiter in der Hauptfrage das Problem des internationalen Geldmarktes und die Zusammenarbeit der Notenbanken einer näheren Prüfung unterzogen werden. Da die Verbindung der französischen Währung selbstverständlich nicht unbeeinträchtigt von den deutsch-französischen Beziehungen bleiben kann, so ist es möglich, daß auch diese Gesichtspunkte in Erwägung gezogen werden. Mit der großen Politik selbst dürfte die Aussprache jedoch nichts zu tun haben.

Von der Dreimächtekonferenz in Genf.

Bertragung der Kreuzerfrage in Genf?

Washington. Die amerikanischen Vertreter auf der Dreimächte-Konferenz wurden angewiesen, sich gegen den britischen Vorschlag, die Kreuzertonnage auf 600 000 Tonnen festzusetzen, zu wehren. Der amerikanische Vorschlag sieht eine Tonnage von 500 000 Tonnen vor. Es verläutet, daß, wenn Großbritannien auf der Ziffer von 6 oder auf 500 000 Tonnen bestehen sollte, Gibson gezwungen sein würde, seine Bemerkungen für eine Verständigung in der Kreuzerfrage einzustellen. Gibson werde sich auch dann lediglich auf die Zerstörer- und Unterseebootsfrage beschränken und die Kreuzerfrage würde auf das Jahr 1931 verlagert werden. In diesem Jahre sollen nämlich die fünf Mächte des Washingtoner Abrüstungsabkommens zusammentreten, um die Bestimmungen des Abkommens einer Revision zu unterziehen. Man hofft, daß die britischen Delegierten die Konferenz nicht zum Scheitern bringen, sondern ein Kompromiß vorschlagen werden. Eine Reduktion der Tonnage auf 400 000 Tonnen würde, wie man glaubt, für die Vereinigten Staaten annehmbar sein.

Amerikanische Blätterstimmen zur Dreimächtekonferenz.

Washington, 3. Juli. Die hiesige Presse blüht mit Begeisterung auf die Entwicklung der letzten Woche in Genf zurück. Die etwas gereizte Stimmung der ersten Tage hat einem versöhnlicheren Tone Platz gemacht, und mit Genugtuung wird immer wieder darauf hingewiesen, daß durch Bridgemans Bestätigung eines Anspruchs Amerikas auf Parität seiner Seemacht mit England die Luft gereinigt und eine Einigung ermöglicht wurde. "World" weist darauf hin, daß Amerika wahrscheinlich seinen Anspruch auf Parität praktisch gar nicht ausüben werde und lediglich sein Recht darauf behauptet haben würde. Auch "Washington Star" schreibt, daß Amerika im Interesse der Seewirtschaft nicht bis zur englischen Kreuzertonnage kommen werde, und daß Amerikas Hauptziel jetzt erreicht sei. "Newport Times" nimmt heute zum ersten Male zur Genfer Konferenz Stellung und erklärt im Gegensatz zu den genannten Blättern, England habe nicht nachgegeben, sondern lediglich ein Mißverständnis aufgeklärt. Dieser angebliche Erfolg Amerikas bringe die Vereinigten Staaten dem Ziele einer Verringerung der Rüstungen um keinen Schritt näher. Das große Problem bleibe noch wie vor bestehen, indem Amerika an seinem Vorschlag auf Verabreichung der Tonnage auf die Hälfte des englischen Vorschlages festhalte.

Vorstandssitzung des Deutschen und Preussischen Städtetages.

Freiburg i. Br. In der am Sonnabend hier unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Wih. Berlin abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen und Preussischen Städtetages, der aus allen Teilen des Reiches hier versammelt ist, wurden u. a. aktuelle Probleme der Steuer- und Finanzverhältnisse besprochen und die grundsätzliche Stellungnahme zum Reichsschuldenplan geäußert. Im Verlaufe der Verhandlungen wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Jurisdiktion der Städte bei der Zusammenlegung des endgültigen Reichswirtschaftsrates Stellung genommen wird.

Im Anschluß an die Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages führte Präsident Dr. Rulert vor den Vertretern der süddeutschen Presse u. a. aus: Bei der Beurteilung der kommunalen Aufgabenwirtschaft wird im Ausland vielfach übersehen, daß unsere Gemeinden eine Reihe von Aufgaben übernehmen müssen, die in kapitalistischen Ländern entweder gar nicht entstehen oder dort von privater Wohlfahrtsorgane erfüllt werden können. Es ist in dieser Beziehung schlechterdings nicht möglich, die Verhältnisse des Deutschen Reiches, das 22 Millionen Steuerschuldner hat, mit denen Amerikas zu vergleichen, das infolge seines Reichtums alle Einkommen unter 6000 Mark freilassen kann.

Besondere Aufwendungen müssen die Gemeinden machen, um allmählich die gesundheitlichen Schäden an Überwinden, die durch die Hungerplage des Krieges in der deutschen Bevölkerung entstanden sind.

Die durch den Krieg verursachte Wohnungsnot wirkt sich ganz besonders in den großen Städten aus. Trotz der Wohnungsbelastung hält der Zugang nach den großen Städten an. Es wird leichter möglich sein, die zweiten und dritten Bauernhöfe und die Landarbeiter durch Steigerung der ländlichen Scholle festzuhalten, als die nach der Stadt eingewanderte Bevölkerung wieder auf das Land zurückzuführen. Durch finanzielle Ausbesserung der Städte kann das Problem des Landbaus nicht gelöst werden! Der Deutsche Städtetag wendet sich gegen jede weitere Einschränkung der häuslichen Wohnungsbauweise durch Bildung neuer Ausgleichsfonds.

Der Erweiterung des kommunalen Aufgabenspektrums steht eine starke Einschränkung der finanziellen Bewegungsfreiheit gegenüber. Die ersten Ergebnisse der Reichsfinanzpolitik erhärten den bereits in der Denkschrift des Deutschen Städtetages geäußerten Nachweis, daß der Steuerbedarf der Städte gemessen an dem Bedarf der beiden anderen Hauptsteuergläubiger (Reich und Länder) am wenigsten geringfügig ist. Eine völlige Verschiebung der Anteilsverhältnisse am Steueraufkommen ist eingetreten. Das Reich war früher an der Einkommensteuer überhaupt nicht beteiligt. Die Einkommensteuer war ausschließlich den Ländern und Gemeinden überlassen. Jetzt hat sich das Reich mit 17,1 v. H. eingeschoben, um seine Kriegseinkünfte erfüllen zu können; die Länder konnten ihren Anteil erhöhen; die Gemeinden haben dagegen von ihrer früheren Beteiligung (56,4 v. H.) außerordentlich eingebüßt (37,7 v. H.).

Der letzte Finanzanleihe hat die Stellung der Gemeinden dem Reich gegenüber weiter verschlechtert. So bedeutsam an sich der Gedanke der Steuervereinfachung ist, so nachdrücklich muß darauf hingewiesen werden, daß mit dieser Vereinfachung nicht gleichzeitig eine erneute zwangsweise und schematische Senkung der gemeindlichen Einnahmen verbunden werden darf. Eine weitere Schwächung der Einnahmegerbarung der Gemeinden ist umso weniger erträglich, als die vom Reich angekündigte Besoldungsaktion sich selbstverständlich auch auf die Gemeinden auswirken wird. Sollte das Reich es ablehnen, hierfür den Gemeinden besondere Einnahmequellen zur Verfügung zu stellen, so

würde letzten Endes eine erneute Verschärfung des Finanzausgleichs zu Ungunsten der Gemeinden erreicht.

Die deutschen Städte sehen sich in der Beurteilung ihrer berechtigten Interessen heute vielfach durch eine übertriebene Einstellung mancher Behörden gehemmt. Die Zurücksetzung, welche die häuslichen Belange durch die in der Regierungsverordnung vorgesehene Verminderung der Zahl ihrer bisherigen Sitze im Reichswirtschaftsrat erfahren sollen, zeigt augenfällig, wie wenig man die Bedeutung der Städte für das gesamte Wirtschaftsleben erkennt. Die Frage hat aber auch eine außerordentliche staatspolitische Bedeutung. Die Reichsregierung regelt die wichtigsten kommunalen Fragen (z. B. Steuern, Fürsorge, Aufwertung usw.), auf der anderen Seite ist den Gemeinden bei der letzten Verwaltungsorganisation keinerlei Möglichkeit gegeben, ihre Interessen bei diesen Fragen in ausreichender staatsrechtlicher Form wahrzunehmen. Es mag manchen Stellen beuquem erscheinen, das Land gegen die Städte anzuspitzen, aber Stadt und Land sind aufeinander angewiesen. Eine verantwortungsbewusste Staatspolitik wird sich um die Interessen ihrer Interessengruppen auch in der Ausgestaltung unseres Verfassungslebens Rechnung zu tragen.

Von der Seeabrüstungskonferenz.

Genf. Zur Sitzung des Expertenkomitees der Seeabrüstungskonferenz vom Sonnabend vernimmt man noch, daß die getroffene vorläufige Einigung betreffend die Charakteristiken der Unterseeboote nur gewisse Punkte von untergeordneter Bedeutung betraf. Ueber die wichtigsten Punkte konnten sich die Vertreter noch nicht einigen. Besonders besteht noch eine Meinungsverschiedenheit zwischen Großbritannien, das die Tonnage der Unterseeboote in zwei Kategorien von 600 Tonnen und 1600 Tonnen trennen will, und den Vereinigten Staaten und Japan andererseits, die diese Unterscheidung nicht anerkennen wollen. Die Frage wurde auf eine spätere Tagung verschoben.

Kriegsverstümmelte und Frontkämpfer.

Genf. Am Sonnabend tagte in Genf das Internationale Komitee der Kriegsverstümmelten und früheren Frontkämpfer. Es hat beschlossen, daß die 3. Internationale Konferenz der Kriegsverstümmelten und ehemaligen Frontkämpfer am 25. September 1927 in Wien stattfinden soll.

Seine Rücktrittsdrohung des Reichsministers Schiele.

Berlin. Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach Reichslandwirtschaftsminister Schiele im Auftrage des Reichsrats die Abhebung der Zollbefreiungen für Kartoffeln und Zucker durch den Reichsrat mit seinem Rücktritt gedroht habe, trifft, wie verlautet, nicht zu. Wie es in der Täglichen Rundschau heißt, liegt nicht der geringste Grund vor, von einer Unstimmigkeit innerhalb der Koalition zu sprechen, die auch nicht nach einem neuen Kompromiß suche. Die Regierung beharrt auf ihrer Vorgabe, und die Regierungskoalition werde ihr dabei zustimmen. Das Blatt beglückwünscht die Hoffnung, daß die Vermittlung, die durch den Beschluß des Reichsrats entstanden ist, sich wieder lösen werde und trägt sich dabei auf die Annahme, daß tatsächlich der Vertreter des Landes Sachsen im Reichsrat infolge der Neubildung der sächsischen Regierung (das sächsische Wirtschaftsministerium befindet sich jetzt in deutschen Händen) mit neuen Inkarnationen versehen werde, so daß die Tarifvorlage der Reichsregierung doch noch eine Mehrheit im Reichsrat erhalten werde.

Beratung des Gesetzes über Zolländerungen.

Die heutige Reichstags-Sitzung.

Berlin. (Funkdruck.) Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzes über Zolländerungen. Danach sollen der Zoll für Kartoffeln von 0,50 auf 1 Mark und der Zoll für Zucker von 10 auf 15 Mark für den Doppelzentner erhöht und die Zuckervermehrung von 21 Mark auf 10,50 Mark ermäßigt werden. Der Reichsrat hat demnach die Erhöhung des Kartoffelzolls und des Zuckers abgelehnt.

Finanzminister Dr. Brücker

Berlin. (Funkdruck.) Dr. Brücker hat heute in der Reichstags-Sitzung die Erhöhung des Kartoffelzolls und des Zuckers abgelehnt. Er hat erklärt, dass die Erhöhung des Kartoffelzolls auf 1 Mark und die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner die Interessen der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie nicht berücksichtigen. Er hat vorgeschlagen, den Kartoffelzoll auf 0,50 Mark und den Zuckersoll auf 10,50 Mark zu belassen.

Reichsernährungsminister Schiele

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichsernährungsminister Schiele hat heute in der Reichstags-Sitzung die Erhöhung des Kartoffelzolls und des Zuckers abgelehnt. Er hat erklärt, dass die Erhöhung des Kartoffelzolls auf 1 Mark und die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner die Interessen der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie nicht berücksichtigen. Er hat vorgeschlagen, den Kartoffelzoll auf 0,50 Mark und den Zuckersoll auf 10,50 Mark zu belassen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Antworttelegramm des Reichstags an Dr. Stresemann

Berlin. (Funkdruck.) Der Reichstagspräsident hat heute ein Antworttelegramm an Dr. Stresemann geschickt. In dem Telegramm dankt er für die Rede des Reichsernährungsministers und äußert die Hoffnung, dass die Zolländerungen in der nächsten Sitzung des Reichstags beschlossen werden können.

Letzte Funkdruck-Meldungen und Telegramme vom 4. Juli 1927.

Berlin. (Funkdruck.) Gegen das zweifache Todesurteil des Schwurgerichts gegen den Arbeiter Bödicker haben die Verteidiger auf Verlangen des Beruflichen Revisions beim Reichsgericht angefordert. Italienischer Besuch. Berlin. (Funkdruck.) Am Mittwoch trifft der Leiter des italienischen Fluggewesens, Unterstaatssekretär Italo Balbo, hier ein. Er wird sich, wie verlautet, hier einige Tage aufhalten, um die Organisation des deutschen Verkehrsflugwesens kennen zu lernen.

Neue Knochenfunde in Berlin.

Berlin. (Funkdruck.) Auf einem Grundstück in der Nähe des Alexanderplatzes wurden bei Ausschachtungsarbeiten in einer Tiefe von 80 Zentimetern vier menschliche Schädel und eine große Anzahl anderer Skelettteile gefunden. Durch die Entfernung von Holsteilen an der Fundstelle ist erwiesen, dass es sich um eine alte Begräbnisstätte handelt. Es dürfte sich um einen alten Franzosenfriedhof handeln, auf dem französische Soldaten, die 1813 in Berlin starben, beigesetzt wurden.

Die Krankheit des Reichstags von Goebbels.

Berlin. (Funkdruck.) Nach Mitteilungen der Mitglieder des Reichstags von Goebbels an einem Mitglied der eitr-

berung des Gesetzes über Zolländerungen. Die Erhöhung des Kartoffelzolls auf 1 Mark und die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Interessen der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie nicht berücksichtigen. Er hat vorgeschlagen, den Kartoffelzoll auf 0,50 Mark und den Zuckersoll auf 10,50 Mark zu belassen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großhamburg. Sonnabend, den 2. Juli 1927. Wetter: veränderlich. Stimmung: ruhig. Beste geachtete Rinde (für 50 kg in Reichsmark): Weizen, hiesiger (68-70 kg) 13,80-14,00, da. (71-74 kg) 14,10-14,50; Roggen, (65-68 kg) 13,00-13,20, da. (69-72 kg) 13,80-13,90; Sommergerste 12,00-12,20; Wintergerste —; Hafer 12,20-12,50; Weizen, Saplata 10,50; Weizen, rot 11,50; Weizen, alt 3,00-4,00; neu 3,00-3,50; Weizen- und Roggenstroh 1,50-1,70; Hafensirob 1,40; Weizenmehl (60%) 24,75; Roggenmehl (60%) 20,75; Roggenmehl (70%) 10,00-10,50; Roggenmehl 12,50; Roggenkleie 9,00-9,50; Weizenkleie 8,20-8,40; Speisestärke alt 4,80-5,00.

Auf dem Großhamburger Wochenmarkt stellten sich am Sonnabend die Preise pro Pfund wie folgt: Erdbeeren 45-50 Pf.; Heidelbeeren 50-55 Pf.; Johannisbeeren, rote 50 Pf.; Stachelbeeren 20-25 Pf.; Bohnen, grüne 35 Pf.; Butter, das Stück 90-95 Pf.; Eier, Stück 12 Pf.; Kalbfleisch 120 Pf.; Schweinefleisch 110 Pf.; Rindfleisch 120 Pf.; Schweinefleisch 90 Pf.; Blutwurst 120 Pf.; Leberwurst 120 Pf.; Weiznwurst 140 Pf.; Gurken, grüne, hiesige 50 Pf.; dgl. holländische 30-40 Pf.; Karotten, grüne, hiesige 12-15 Pf.; Kartoffeln, italienische 18 Pf.; Karotten, hiesige 35-40 Pf.; Blumenkohl, hiesiger, Kopf 30-60 Pf.; Kohlrabi, junger, Kopf 10-15 Pf.; Gelbzwinge 35-45 Pf.; Radieschen, hiesige 10 Pf.; Rhabarber 15-20 Pf.; Salat, hiesiger, Stauden 5-10 Pf.; Spargel, hiesiger 125 Pf.; dgl. schwacher 90 Pf.; Suppenporree 50-60 Pf.; Spinat 20-25 Pf.; Zwiebeln 20 Pf.

Wasserstände der Moldau, Eger und Elbe.

Jahr	Moldau		Eger		Elbe						
	As-malt	Mo-bran	Rann	Rim-burg	Wass-er	Wes-mit	Wes-meriz	Wes-sig	Dres-den	Ries-a	
3.	+	2	- 66	+ 5		+ 12	+ 29	+ 50	+ 2	- 130	- 60
4.	-	7	- 87	+ 10	+ 2	- 0	+ 34	+ 50	+ 8	- 140	- 70

Wassertemperatur im Elbad 21 Grad C.

Die Wassertemperatur im Elbad beträgt heute 21 Grad Celsius.

Die Erhöhung des Kartoffelzolls auf 1 Mark und die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Interessen der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie nicht berücksichtigen. Er hat vorgeschlagen, den Kartoffelzoll auf 0,50 Mark und den Zuckersoll auf 10,50 Mark zu belassen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Die in der Regierungsvorlage vorgeschlagene Erhöhung der Kartoffelzölle um 100 Prozent würde den Erzeugern einen erheblichen Schaden zufügen. Die Erhöhung des Zuckers auf 15 Mark für den Doppelzentner würde die Zuckerindustrie in eine schwierige Lage bringen. Die Reichstagsmitglieder haben sich gegen diese Erhöhungen ausgesprochen.

Amstanztritt der neuen Minister.

Dresden. (Funkdruck.) Die beiden neu in das Kabinett eingetretenen Minister Dr. Arns von Mülow und von Falkenhahn sind heute vormittag durch den Herrn Ministerpräsidenten vereidigt worden und haben ihre Ämter angetreten.

Ueber Verhändlungen der Reichswehr.

Berlin. (Funkdruck.) Nach französischen Blättern sollen die diesjährigen Verhandlungen der Reichswehr erweitert werden. Demgegenüber erfahren die Blätter von unrichtiger Stelle, dass in keiner Weise an eine Erweiterung der Verhandlungen gedacht wird und dass aus Erparnisgründen in diesem Jahre sogar zwei Divisionen überhaupt keine Feldmärsche abhalten, sondern nur auf den Truppenübungsplätzen über werden. Von besonderen Vorbereitungen kann in keinem Sinne die Rede sein. Die Verhandlungen dienen lediglich der tatsächlichen Ausbildung von Führern und Truppen.

Reichsbankpräsident Schacht in New York.

Berlin. (Funkdruck.) Die Reise des Reichsbankpräsidenten Schacht nach New York hat zu verschiedenen Kombinationen in Bezug auf die Revision des Dawesplans Veranlassung gegeben. Von derartigen Möglichkeiten ist, wie wir erfahren, nichts bekannt. Sie scheinen auch nach dem gegenwärtigen Stande der Schuldenpolitik ausgeschlossen.

Englische Industrie in Berlin.

Berlin. (Funkdruck.) Die englischen Industriellen sind zu dem angekündigten Gegenbesuch beim Reichsverband der deutschen Industrie hier eingetroffen. Die Besprechungen haben heute vormittag unter Vorsitz des Geheimrats Duißberg begonnen. Wie die „W. Z.“ berichtet, will man sich eingehend über die Ergebnisse der internationalen Weltwirtschaftskonferenz unter besonderer Berücksichtigung ihrer Beschlüsse über die Zoll-Romantik und über Ein- und Ausfuhrbeschränkungen unterhalten. Weiter soll über die Bearbeitung wirtschaftlicher Fragen durch den Völkerbund, die Probleme der Kreditversicherung, der internationalen Kartelle, des Ausfuhrzollens und Messwesens, sowie der Doppelbesteuerung gesprochen werden. Wie das Wolff-Büro erfährt, wird der Reichsverband der Industrie nach Abschluss der Verhandlungen einen Bericht herausgeben.

Explosion einer Feldblühe.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich am Sonnabend abend im Stadtteil Dierow-Neubor. Als dort der Rieglerverein Dolak-Christoph-Planitz mit einer Feldblühe zu einem Nachtmarsch antrat, wurde plötzlich der Deckel des Kessels der Vereinsfeldblühe infolge Dampfüberdrucks hochgerissen. Der ganze Inhalt des Kessels ergoss sich über die umstehenden Kinder und Erwachsenen. Neun Personen erlitten teils leichte, teils schwere Verletzungen. 8 Kinder im Alter von 3 bis 16 Jahren wurden so schwer verletzt, dass sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mussten. Drei Kinder schweben in Lebensgefahr.

New York Times zur Nobelpreisrede Dr. Stresemanns.

New York. In einer Würdigung der Rede Dr. Stresemanns in Oslo führt New York Times u. a. aus: Der deutsche Außenminister lieferte seit Locarno wiederholt Beweise hohen staatsmännischen Sinnes, er hinterließ bei der öffentlichen Meinung durch seine Einfachheit, seinen Mut und seine weiten politischen Gesichtspunkte dauernden Eindruck. Stresemann bedeutet die zweite angenehme Entdeckung in der jüngsten Entwicklung Deutschlands. Der Reichspräsident von Hindenburg habe bereits die bei seinem

Heute abend Fortsetzung des Parkfestes.

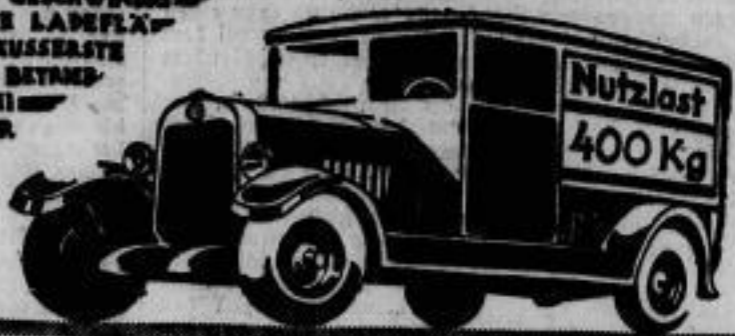
Grobes Konzert — Monstre-Feuerwerk — Riesen-Tanzsalon.

Festwiese in gangbarem Zustand!

Allgem. Ortskrankenkasse Riesa und Umgegend. Zahlung der Beiträge für freiw. Versicherte nur Dienstag und Mittwoch, 5. u. 6. Juli 1927, 8-1 Uhr, 3-4 Uhr.

BRENNABOR B

DER UNIVERSELLE NUTZKRAFTWAGEN FÜR JEDEN BETRIEB



SCHNELLER UND WIRTSCHAFTLICHER TRANSPORT IST DIE VORAUSSETZUNG. FÜR GESTEIGERTEN ABSATZ - BEIDE FORDERUNGEN ERFÜLLT WEITGEHENDST DER MODERNE BRENNABOR DURCH HOHE GESCHW. MIT STABILEM UND PRAKTISCHEN BABART/GROSSE LADEFLÄCHE/ZWECKMÄSSIGE LASTENVERTEILUNG/ZUSÄTZLICHE ZUVERLÄSSIGKEIT UND SPARSAMKEIT IM BETRIEB. ZÜGERN SIE NICHT UND MACHEN SIE SICH EINEN VERSUCH - SIE ERWEITERN IHR ABSATZGEBIET/VERDOPPELN IHR UMSATZ UND SICHERN SICH HOHEN GEWINN.

1 1/2 Tn. - 6 Cyl. - Fahrgestell mit Licht u. Anlasser RM. 2300.-
 1 1/2 Tn. - 6 Cyl. - Pritschenwagen RM. 2650.-
 1 1/2 Tn. - 6 Cyl. - Kastenwagen RM. 2550.-
 10/45 PS - 6 Cyl. - Omnibus 15-sitz. RM. 2750.-
 6/25 PS - Fahrgestell mit Licht und Anlasser RM. 3700.-
 6/25 PS - Lieferkasterwagen (400 kg Nutzlast) RM. 4290.-

Keine Festlegung größerer Mittel infolge unserer konkurrenzlos günstigen Zahlungsbedingungen. Wenden Sie sich vertrauensvoll an die Niederlassungen der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken oder an unsere bevollmächtigten Vertretungen.

GEBR. REICHSTEIN BRENNABOR-WERKE BRANDENBURG (HAVEL).

Walter Jähnig, Lommatzsch

Telephon 76/77 (auch nachts) Kornstraße, Döbelner Straße
 Bevollmächtigte Vertretung der Firma: Gebr. Reichstein Brennbabor-Werke Brandenburg (Havel)

M.-G.-V. Amphion Riesa

Dienstag, den 5. ds. Mts., abends 8 Uhr findet im Stadtpark unser **Familien-Abend** (Konzert - Tanz) statt. Diese Veranstaltung findet auch bei ungünstiger Witterung statt, da uns der Tanzplan vom Parkfest für diesen Abend zur Verfügung steht. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet der Gesamtvorstand.

2 gebr. Damenräder

(Marke Wright) fast neu verl. 2. Wäcker, Fahrradfabrik. Hauptstr. 33.

Mittagstisch preiswert u. reichlich bietet Hotel Wettiner Hof.

Waldschlösschen Röderau.

Mittwoch, den 6. Juli, abends 8 Uhr: **Extra-Konzert** unter Leitung des Herrn Obermusikmeister a. D. Gerflot. Nach dem Konzert **feiner Ball**.



Ab heute Montag und folgende Tage: Ein neuer Film mit Tom Mix, dem kühnsten aller Filmstars. Das unübertreffliche Dreier: Ein hübsches Mädchen, Tom, das Wunderwerk und **Tom Mix** **Der Kampf im Pulverturm** Das edelste Tempo - unglaubliche Sensationen. Dazu erstklassiges Programm sowie berühmte Lu-Pi-Musik. Beginn täglich 7 und 9 Uhr.

Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.

Dienstag, den 5. Juli, abends 8 Uhr Versammlung im Saalhof Paulstr. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Kolonnenleitung.

Arno Treppie **Hedwig Treppie** geb. Reinboth Vermählt Merzdorf Gröba 4. Juli 1927.

Für die vielen wohlwollenden Beweise innigster Teilnahme durch Wort, Schrift und Tat beim Selbsteinsatz unseres einzigen Lieblingen **Hans Curt** sagen wir hiermit, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen aufrichtigen Dank. Riesa-Glaubitz 2. Juli 1927. Curt Kehler und Frau Ida geb. Gerthaler.

U. T. u. Z. T.-Lichtsplele

Ab heute Montag bis Mittwoch in beiden Theatern zugleich das große Elite-Programm.
 1. Bild: **Potsdam, das Schicksal einer Residenz.** Die Stadt Friedrich des Großen im Wandel der Zeiten und Geschlechter.
 2. Bild: **Riff und Raff im Weltkrieg.** Ein heitiger Collog zweier Stappenhelden, die an die Front kamen und was sie dort erlebten. Sach- und Gefühlswelt in grotesker Harmonie. Vorstellungen 7 und 9 Uhr in beiden Theatern.

Griffklaffige Herren- und Damenfahräder

Marke: Göricke - Borussia - Urania zu den bekannten Abgabungsbedingungen. **Motorräder & Nähmaschinen** **Wringmaschinen** Ersatz- und Zubehörteile, sowie Reparaturen zu billigen Preisen.

Arthur Vogel Meißner Straße 24/31 Einbittung des städtischen Kraftverkehrs.

Vereinsnachrichten

Rieser Sport-Verein a. V. Dienstag 8.30 Uhr Verwaltungsausschuss-Sitzung, Bürgergarten. Blagarbeit Fußball-Abtlg. 7 Uhr. Donnerstag Blagarbeit Hockey-Abtlg., Jugendabtlg., nachdem Versammlung, Jugendabtlg., Bürgergarten. Turnverein Riesa (D. T.). Morgen Dienstag nach der Turnkunde Vereinsversammlung im Vereinsheim. Wichtig! Gantturnfest. Frauenverein am Weiden. Mittwoch abends 8 Uhr Versammlung im Pfarrsaal.



Die Ereignisse in China! Bitte aufpassen! Die Welt Amerika, dem wir bewundernd dank schulden, in Sachen des guten Geschmacks ebenso bewundernd in der Welt waren ist, haben unsere jungen Leute nicht nur die amerikanische Kultur und die damit verbundenen Möglichkeiten, sondern auch die Freiheit, die sie früher als Individuen abgelehnt hatten, sondern sie haben sogar die damit verbundenen Risiken und Gefahren, sogenannte Charakteristika eingeführt, die mit ihrer Geduld nicht ohne sehr schönen Anblick sind und das Wohlbefinden zur Beschäftigung vorantreiben können, wenn wir in China sind.
 Für Kanakura mit Romanzeilen für die Mitte steht es aus, als ob sie nicht zusammen kämen, und unter Krämpfen sie sich doch bei dieser Erfindung ebenso wichtig, wie es für Leute, die viel gehen und stehen müssen, das Kaktrol-Pflaster ist, dessen erfrischende und stützende Wirkung auf erwidert.

schmerzende und brennende Füße unbeschädigt ist. Das Kaktrol-Nähmaschinen-Pflaster ist weltbekannt als unübertreffliches Präparat zur schnellen, schmerz- und gefahrlosen Beseitigung von Blasen, Schürfwunden, Sonnenbrand, auch Wunden. Das Kaktrol-Pflaster ist für Fußschmerzmittel die Erfindung! Auch zur Behandlung wunden Haut bei Kindern und Erwachsenen gibt es nichts Besseres. Das Kaktrol-Pflaster enthält alle drei Präparate und eignet sich besonders gut für die Füße und für eine richtige Kaktrol-Pflaster-Nutzung. Sie kosten 2 Mark. Das Kaktrol-Pflaster allein kostet in der Verpackung für 2 Bänder 1 Mark. In der Preisempfehlung für 2 Bänder 50 Pfg. Kaktrol-Nähmaschinen-Pflaster Packung 75 Pfg. Kaktrol-Strempflaster Bänderbreite 75 Pfg. Sie erhalten die Kaktrol-Erzeugnisse in fast allen Apotheken und Drogerien. Lassen Sie sich aber nicht etwa minderwertige Nachahmungen mit ähnlich klingenden Namen aufpassen! Verlangen Sie ausdrücklich das echte Kaktrol! Kaktrol-Pflaster Kurt Krippl, Groß-Johse bei Magdeburg.

Für uns die anlässlich unserer Silber-Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir nur hierdurch allen herzlichsten Dank. Karl Kühne und Frau Bertha geb. Lehmann. Poppitz, Juni 1927.

Statt Karten. Mein innigstgeliebter Mann, unser guter treuerfrender Vater, der Kaufmann **Walter Heinze** ist uns am Freitag, nachmittags 3 Uhr, im Alter von 49 Jahren nach langem schweren Leiden durch den unerbittlichen Tod entrissen worden. Seine für uns raktlos schaffenden Hände ruhen nun für ewig. Erfurt, den 1. Juli 1927. In tiefstem Schmerz Martha Heinze geb. Wöttcher Berner Heinze Erich Heinze im Namen aller Hinterbliebenen.

Hans Reyherr, Lehrer **Charlotte Reyherr geb. Rothe** Vermählt Riesa, 4. Juli 1927.

Vom Grabe unseres guten, unvergesslichen Sohnes und Bruders **Rudolf** zurückgeführt, wollen alle diejenigen, welche uns durch Blumen, Schmuck, Karten und leichtes Geleit ehrten, sowie ihm während seines langen Leidens treu und opferfreudig in inniger Liebe beistehenden haben, hierdurch unseren herzlichsten Dank entgegen nehmen. Riesa-Gröba, Hafenstr. 18, 4. Juli 1927. In tiefer Trauer Frau verw. Hanbold nebst Kindern.

Kaktrol-Verkaufsstelle: Central-Drogerie, Oscar Förster.

Deutscher Reichstag.

(Schluß) vda. Berlin, 2. Juli.

Die Beamtenbefolgung. Annahme des Ansuchenbeschlusses.

Abg. Brabant (Dem.) weist auf die sehr schlechte Besetzung des Saales hin und meint, dieses geringe Interesse im Reichstag stehe in starkem Gegensatz zu dem lebhaften Interesse, mit dem die deutsche Beamtenchaft die Entscheidung des Parlamentes erwartet.

Abg. Kling (W. Vog.) führt aus, in der Bevölkerung, bei in der weitestgehenden Kleinrentenreform, sei wenig Stimmung für weitere Besoldungsänderungen vorhanden.

Abg. Dietrich-Franken (Nat.-Soz.) führt die vielen Anträge an, die von allen Parteien zugunsten der Beamten gestellt wurden, im Januar 1925, als die Regierung noch nicht gebildet war.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) erörtert die Finanzlage des Reiches und kommt zu dem Schluß, daß das Reich sehr wohl schon vor dem 1. Oktober Besoldungsänderungen geben könne.

Abg. Klippel (W. Vog.) erklärt, die Notlage der Beamten erfordere schleunige Hilfe.

In der Abstimmung werden sämtliche Änderungsanträge abgelehnt, der Antrag des Ausschusses über die Besetzung der Pensionempfänger wird zurückgestellt.

Am 10 Uhr vertagt sich das Haus auf Montag, 14 Uhr.

Eine demokratische Anfrage.

vda. Berlin. Im Reichstag ist folgende demokratische Interpellation eingebracht: Die Reichsregierung hat in verschiedenen Kundgebungen die Vorlage eines Gesetzesentwurfes zur Endregelung der Entschädigung der Liquidatoren und Verdrängten angesetzt.

Ein Dankschreiben des Ministerpräsidenten an Justizminister Bünger.

Ministerpräsident Heide hat an den bisherigen Justizminister Bünger folgendes Dankschreiben gerichtet: Hochverehrter Herr Justizminister! Auf Ihr Entlassungsgeheiß vom 3. Juni 1927 habe ich mich zu meinem lebhaften Bedauern gezwungen, Sie aus dem Amte des Justizministers heute zu entlassen.

In der Hoffnung, daß Sie Ihre reichen Gaben noch lange Zeit an wichtiger und verantwortlicher Stelle bei besser Gesundheit in den Dienst der Allgemeinheit werden stellen können, begrüße ich Sie als Ihr Jhnen allezeit dankbar ergebener Heide, Ministerpräsident.

Der Wahlkreisvertreter der Deutschen Volkspartei Leipzig nahm zum Ausscheiden des Ministers Bünger folgende Entschädigung an:

Die Jahreshauptversammlung der DVP. im Wahlkreis Leipzig hat mit tiefem Bedauern von dem Ergebnisse der Regierungsbildung Kenntnis genommen, durch welche der verdienstvolle und bewährte Herr Justizminister Bünger geopfert worden ist.

Byrd mit seinen Begleitern in Paris.

Paris. Die Ozeanflieger Byrd, Kook, Kooka und Balchen trafen, wie wir bereits am Sonnabend gemeldet haben, um 2 Uhr 18 mit dem fahrplanmäßigen Zuge in Paris ein und wurden von der Bevölkerung mit der gleichen Begeisterung empfangen, wie sie bei der Ankunft Lindberghs offenbar geworden war.

Am 2 Uhr nachmittags begaben sich die Flieger zu einem Empfang im internationalen Klub, bei dem auch die ausländischen Diplomaten, sowie die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden anwesend waren.

Byrd über seinen Flug.

Paris. Major Byrd hat einem Vertreter des "Matin" Bericht über den letzten Teil seines Fluges gegeben. Das einjährige Boot schiffte, so erklärte er, war, daß unser Kompaß in dem Augenblick in Unordnung geraten war, als wir zum erstenmal kurz auf Paris gekommen waren.

Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz.

Neu-Strelitz. Die gestrigen Landtagswahlen sind ohne heftigen Zwischenfall verlaufen. Die Wahlbeteiligung betrug 60-70 Prozent. Die Wahlen zeigen einen klaren Sieg für die Deutsche Volkspartei.

Berlängerung des Saarjoll-Abkommens.

Saarbrücken. (Funkpruch.) Die Handelskammer zu Saarbrücken teilt mit: Die deutsche und französische Regierung haben die Verlängerung der Saarjollabkommen vom 5. August und 6. November 1926 einschließlich der besonderen Bestimmungen für das Saargebiet zum Zulassabkommen vom 31. März 1927 durch ein am 1. Juli unterzeichnetes Protokoll vereinbart.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Inkraftsetzung des Verlängerungsprotokollles schweben noch Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungen.

Personalveränderungen in der Marine.

Berlin. Mit Wirkung vom 1. Juli 1927 sind befördert worden: Zum Marineregalarzt: Dr. Pinggéra vom Reichswehrministerium unter gleichzeitiger Ernennung zum Flottenarzt, Veretzung nach Wilhelmshaven und Zuteilung zur Marineklinik der Nordsee; zum Marineregalarzt: Dr. Rix vom Reichswehrministerium, unter gleichzeitiger Veretzung in das Reichswehrministerium; zum Marineoberstabsarzt: Dr. Sieber von der 2. Marine-Inf.-Abtl., zugl. Marineleibarzt Wilhelmshaven; zum Marineleibarzt Dr. Kubitzki vom Marinearsenal Kiel, zugl. Marineleibarzt Kiel-Wik, zum Marineoberstabsarzt: Dr. Rix vom Stabe des Linienschiffes "Schlesien".

Die Reichseinnahmen und Ausgaben in den Monaten April und Mai 1927.

Berlin. Nach einer Uebersicht der Reichshauptkasse betragen in ordentlichen Haushalt die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben im April 749,1, im Mai 822,8 Millionen, die Gesamtsumme der Einnahmen beträgt 756,9 resp. 858,8, insgesamt 1410,7 Millionen.

eines Leuchtturmes auf, das Licht drehte sich aber in so raschem Tempo, daß es für mich keinen Nutzen hatte. Wir hatten nur noch so wenig Benzin, daß wir jetzt um jeden Preis niedergehen mußten.

Byrd hält einen regelmäßigen transatlantischen Luftverkehr noch für lange Zeit ausgeschlossen. Als Hauptvoraussetzung erklärte er die Sammlung von genügendem statistischen Material über die atmosphärischen Verhältnisse, Luftströmungen, Temperaturen und Windstärke.

Byrd über seinen Südpolflug.

Paris. (Telunion.) Hier werden jetzt Einzelheiten über die weiteren Pläne des Ozeanfliegers Byrd bekannt. Als sein nächstes Unternehmen bezeichnete Byrd die Ueberschreitung des Südpols.

70,4 Millionen, sodaß der außerordentliche Haushalt mit minus 360,4 Millionen abschließt. Insgesamt ergibt sich demnach ein Bestand von 210,2 Millionen Reichsmark.

Der Reichswirtschaftsrat für 8-Stundentag in der Schwerindustrie.

Berlin. Der Arbeitsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der sich mit dem 5. 7 der Arbeitsverordnungsung befaßt, hat einstimmig beschlossen, den Reichsarbeitsminister zu ersuchen, weitere Gruppen von Arbeitnehmern den Beschränkungen des 8. 7 der Arbeitsverordnungsung zu unterwerfen.

Lehrerklündigungen im Memelgebiet.

Königsberg. Nach einer Meldung aus Memel hat das Landesdirektorium, wie erit jetzt bekannt ist, ohne Begründung sieben Lehrern aus dem Memelgebiet unter dem 24. Juni zum 1. August gekündigt.

Münberger Sängertwoche.

Mürnberg. Vom 2. bis 4. Juli findet hier die Münberger Sängertwoche des Deutschen Sängerbundes statt. Bis heute mittag sind von den auswärtigen Vereinen u. a. eingetroffen Rastler Lehrer-Gesangverein, Schubertbund Offen, Schulertische Männerchor Frankfurt/Main, Liederkreis Karlshude, D. S. V. Männerchor Stuttgart.

Spanische Erfolge in Marokko.

Paris. (Telunion.) Die Spanier melden erfolgreiches Fortschreiten ihrer militärischen Operationen in Marokko. Der konzentrierte Angriff auf Bab La Ca endete mit dessen Einnahme. 100 Gefangene blieben als Beute in den Händen der Spanier.

Die Wirren in China.

Entscheidender Erfolg der Südtruppen. Shanghai. (Telunion.) Einen entscheidenden Erfolg konnten die Nanking-Truppen an der Eisenbahnlinie Tientsin-Peking erringen. Sie waren die Shandong-Truppen auf Tientsin zurück und sind dadurch in den Besitz Shanghaies gekommen.

Vertical text on the left margin, partially cut off, containing various small notices and advertisements.

Wichtige Beschlüsse der Gemeindefammer.

Die Gemeindefammer hat in ihrer 28. Sitzung am 26. Juni 1927 eine größere Anzahl von Sachen erledigt; davon sind folgende erwähnenswert:

In einer Großsitzung hatte sich ein holländischer Beamter im Wege der Kuffichtsbeschwerde dagegen gewandt, daß er seiner Kufficht nach zu Unrecht in der Befolgungsordnung zurückgehalt worden sei. Die Gemeindefammer hat hierauf entschieden, daß die Befolgungsordnung der Gemeindefammer in die Befolgungsordnung der Gemeinde einbezogen werden solle. Da im vorliegenden Falle von einer Rechtswidrigkeit oder von schuldhafter Vernachlässigung von Gemeindefammanen nicht gesprochen werden konnte, lagen die Voraussetzungen für eine Kufficht durch die Befolgungsbehörde nach §§ 170/172 der Gemeindefammanordnung nicht vor.

Eine Stadt, die Mitglied eines Zweckverbandes ist, hatte sich im Wege der Kuffichtsbeschwerde dagegen gewandt, daß die Kufficht von den Kuffichtsbekleidungen anderer Mitglieder mit 75 v. D. vorgenommen werden solle. Die Kufficht der Befolgungsbehörde demängelt die Stadt, daß diesen Kuffichtsbekleidungen ein Kuffichtspruch auf Kuffichtung nicht zustünde und durch den Kufficht eine nicht unbeträchtliche finanzielle Mehrbelastung für den Zweckverband einträte. Die Gemeindefammer hat die weitere Befolgung der Stadt verworfen, da sie nach den angeführten Erörterungen in dem angeführten Beschlusse eine schuldhafte Vernachlässigung von Verbandsaufgaben nicht erblicken konnte.

In einer kleinen Sitzung hatten die Stadtverordneten beschlossen, den holländischen Arbeitern eine besondere einmalige Kuffichtung zu gewähren. Der Stadtrat hat diesen Kufficht nicht ausgeführt, sondern zunächst bei dem Arbeitgeberverband Sachlicher Gemeindefamman, dem die Stadt als Mitglied angehört, angefragt, ob die Kufficht dieser Kuffichtung gegen die Satzung verstoße. Dies ist bejaht worden. Gegen den erneuten Kufficht der Stadtverordneten, die Kuffichtung sofort auszuführen, hat der Stadtrat nach § 88 der Gemeindefammanordnung Einspruch erhoben und später die Gemeindefammer angerufen. Diese mußte seine Befolgung ablehnen, da der Stadtrat die Kufficht zur Erhebung des Kuffichtes gegen den ersten Kufficht veräußert hatte. Der zweite Kufficht der Stadtverordneten stellt lediglich eine unzulässige Wiederholung des ersten Kuffichtes dar, der daher als einem Rechtsmittel nicht mehr angeschlossen werden konnte.

Zwei Vereinnamungen hatten dagegen weitere Kuffichtsbekleidungen erhoben, daß die Stadtverordneten einer kleinen Sitzung beschlossen haben, die Befolgungsmaßnahmen über die Befolgungen der Stadtverordneten nicht mehr in einer am Orte erscheinenden Zeitung, sondern in zwei auswärtigen Zeitungen vorzunehmen. Die Gemeindefammer hat der Befolgung keine Beachtung schenken können, da in den §§ 47 ff. der Gemeindefammanordnung über die Kuffichtung von Befolgungsmaßnahmen der Gemeindefammanordnungen nichts darüber gesagt ist, wie weit und Ort der Befolgungen der Gemeindefammanordnungen zu veröffentlichen sind. Durch die Änderung der Befolgungsordnung in dieser Richtung kann daher eine Befolgung des Bundesrechts nicht erblickt werden. Die Gemeindefammer hat es aber offen gelassen, ob es aus Gründen der Billigkeit oder

Zweckmäßigkeit nicht statiger wäre, auch die am Orte erscheinende Zeitung als Publikationsorgan zu verwenden. Erneut hat die Gemeindefammer ausgesprochen, daß eine Zwangsverurteilung des Bürgermeisters durch die Gemeindefammanordnungen unzulässig ist.

In einer kleinen Sitzung haben die Gemeindefammanordnungen beschlossen, einen Spezialtag anzusetzen, und zu diesem Zwecke ein größeres Darlehen aufzunehmen. Gegen diesen Kufficht hat sich eine Gruppe der Gemeindefammanordnungen im Wege des Widerspruches nach § 7 Abs. 5 der Gemeindefammanordnung zunächst an die Befolgungsbehörde und dann an die Gemeindefammer gewandt, da die Gemeindefamman durch die Aufnahme des Darlehens finanziell zu stark belastet werden würde. Die Gemeindefammer hat diese Befolgung aus förmlichen Gründen abgewiesen, da sie diese Gemeindefammanordnungen-Minderheit — die andere Gründe nicht geltend gemacht hat — nicht als „beihilflich“ im Sinne des § 7 Abs. 5 der Gemeindefammanordnung ansehen konnte.

In einer kleinen Sitzung mußte wegen ihrer unzulässigen finanziellen Lage die Befolgung der Kufficht-Instrumensteuer über den 31. März 1927 hinaus ausgedehnt werden.

In einer anderen Sitzung hatten die Gemeindefammanordnungen versucht, durch Fernbleiben von den Gemeindefammanordnungen die Änderung der Befolgungsordnung und der Gemeindefammanordnung zu verhindern. Darauf hat die Mehrheit der Gemeindefammer zu Gegenmaßnahmen gegriffen. In diesem Zusammenhang hat die Gemeindefammer entschieden, daß es den Gemeindefammanordnungen nicht gestattet sei, unter Verletzung ihrer Kuffichtspflicht durch Verlassen der Sitzungen Abwesenheit zu treiben.

In zwei Großsitzungen hat die Gemeindefammer im Verfahren nach § 24 Abs. 3 der Gemeindefammanordnung die fehlende Zustimmung der Stadtverordneten zur Einführung der holländischen Kufficht mit Wirkung vom 1. Juli 1927 erfaßt. Bei einer Anzahl von Städten und Gemeindefammanen mußte die Gemeindefammer mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage dieser Orte auf den Einspruch des Gemeindefammanrates die Kufficht der Stadtverordneten zur Kufficht des Gemeindefammanrates zu erheben, für einen schweren Nachteil für die Gemeindefammanen erklären und sie daher aufheben.

Ein Bezirksverband hatte eine neue Veranlagungssteuerordnung angeschlossen, die für Landbesitzer eine Steuer von 50 v. D. des Einkommens, mindestens aber 20 M. V. vorküßte. Die Gemeindefammer hat den dagegen erhobenen Widerspruch eines Landbesitzervereins verworfen. Schließlich wurde noch über eine Reihe minder bedeutender Fälle Kuffichtung erfaßt.

Die städtischen Sachverständigen bemühten sich, dem Gericht ein Bild des eigenartigen Charakters dieses Verbrechens zu geben. Dr. Dornbusch und Dr. Strauch stimmten darin überein, daß die abnorme Steigerung des Sexualtriebes eine der wesentlichsten Ursachen für die kriminellen Handlungen Böttchers gewesen sei. Von einer Geisteskrankheit aber, die ihn für seine Taten nicht verantwortlich macht, könne keine Rede sein. Man könne bei seinen Taten auch eigentlich nicht von Zufällen sprechen, denn er sei nicht fähig, sich selbst zu kontrollieren. Er sei ein Triebmensche, der ohne jede Rücksicht auf die Umwelt seinen Trieben folgt und in seinem primitiven Denken noch auf der Stufe stehe, die vielteils für die Menschen der Steinzeit galt. Die Gefühlsfälle seien seinen Opfern gegenüber keine der ausfüßenden Sorge, mit der er seine Wölfe pflegte. Dieser sozial minderwertige und sexuell überreizbare Mensch sei doch verantwortlich für seine Straftaten und der Paragraph 51 des Strafgesetzbuches könne auf ihn keine Anwendung finden.

Der Sachverständigen Sachverständiger bestätigte sich mit der Behauptung des Angeklagten, daß die Gräfin Lambdorsch bei ihrer Abwehrbewegung den Revolver selbst entfißert und sein Losachen verurteilt habe. Das erklärte der Sachverständige für unmöglich, denn die gegen den Revolver geführte Abwehrbewegung hätte ihn nur sichern, nicht aber entfißern können.

Nach dem Schluß der Beweisaufnahme beantragte der erste Staatsanwalt Dr. Jäger, wie bereits gemeldet, gegen Böttcher wegen Mordes im Falle der Senta Gerdt und der Gräfin Lambdorsch zweimal die Todesstrafe, für die übrigen Straftaten insgesamt 15 Jahre Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit. Der Staatsanwalt stützte sich auf die Gutachten der Sachverständigen, um zu erklären, daß auch die Tötung der Gräfin Lambdorsch im Gegenfalle zu der Darstellung des Angeklagten ein typischer Raubmord sei. Auch die Behauptung des Angeklagten, daß er vor der Tötung der Senta Gerdt betrunken gewesen sei, sei falsch. Böttcher sei ein furchtbarer Mensch, an dem sich kaum ein sympathischer Zug finde. Er sei ein gewerblamer Mörder, vor dem das Volk erschauern müsse.

Als der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragte, verfiel der Angeklagte in lautes Weinen.

Die Verteidiger Dr. Mendel und Dr. Brandt erklärten, Böttcher sei allerdings geradezu eine Bestie, aber daraus ergebe sich schon, daß er kein Mensch sei, dem man für seine Taten strafrechtlich verantwortlich machen könne. Die Verteidiger forderten, daß die abnorme Veranlagung des Angeklagten bei der Urteilsfällung mildernd in Betracht gezogen werde.

In seinem kurzen Schlußwort erklärte der Angeklagte, er überlasse alles dem Gericht, aber er sei nicht der Mann, als den ihn der erste Staatsanwalt hingestellt habe.

Nach etwa einstündiger Beratung verurteilte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Bombe das oben mitgeteilte Urteil. Böttcher brach dabei zusammen. In der Urteilsberatung führte der Vorsitzende aus, daß sich das Gericht im wesentlichen den Ausführungen des Kuffichtsbekleideters angeschlossen habe. Es sei überzeugt, daß der Angeklagte trotz seiner abnormen sexuellen Veranlagung für seine Taten voll verantwortlich sei. Sowohl den Mord an der Senta Gerdt wie an der Gräfin Lambdorsch habe Böttcher mit voller Ueberlegung ausgeführt und es müsse deshalb in beiden Fällen auf Todesstrafe erkannt werden.

Böttcher zweimal zum Tode verurteilt.

Der Prozess gegen den Doppelmörder Böttcher hat jetzt seinen Abschluß dadurch gefunden, daß das Schwurgericht Karl Böttcher wegen doppelten Mordes zweimal zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilte, außerdem wegen widerrechtlicher Unzucht, Diebstahls, unerlaubten Waffenbesitzes, schweren Raubes und Notzucht zu 15 Jahren und 10 Jahren Ehrverluft.

Göttin Dämon.

Roman von Richard Marx.

4. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Das ist das letzte was er in sein Tagebuch eingetragen hat. Sein Tod muß eingetreten sein, als die Tinte noch kaum trocken war. Es zeigt, unter welchen Umständen Sie sich getrennt haben. Was sagen Sie nun dazu? Behaupten Sie noch, daß Sie ihm nichts schuldeten?

Ich war Gumes Wesen mit unbefehlichen Gefühlen erfüllt. Im Sturm der Ereignisse hätte ich für den Augenblick unser gemeinsames Kartenpiel total vergessen. Es war nicht angenehm, auf diese Weise und von einem solchen Mann davon erinnert zu werden. Die falschen Schlüsse, die er aus meiner zeitweiligen Vergesslichkeit zog, waren mir, weiß Gott, sehr peinlich.

Ich behaupte noch, daß ich ihm nichts schuldet. Eine Minute; lassen Sie mich ausprechen. Aber die siebenunddreißigjährige Schopenhauer Marx, die ich Edwin Lawrence gegeben hätte, werden jetzt selbstverständlich der Erbschaft überwiesen werden.

Stimmt. Wie er sehr richtig bemerkt. Ein ungewöhnlicher Mann. Ferguson, Sie und ich sind jetzt allein. Was ich jetzt sage, sage ich ohne Vorurteil. Ich werde versuchen nicht eine Silbe davon verkaufen lassen, wenn ich nicht voll genügenden Grund dazu habe, aber hier sage ich Ihnen frei heraus, daß Sie meiner Meinung nach mit Mitteln, die mir bis jetzt noch gänzlich unklar sind, Edwin Lawrence's Tod herbeigeführt haben.

Gume! Ich weiß, daß Sie in seinem Zimmer waren, als er getötet wurde.

Sie wissen, daß ich in seinem Zimmer war?

Ich erwiderte es von Anfang an. Jetzt weiß ich es. Ich will Ihnen auch sagen, woher. Eins der Dienstmädchen dieses Hauses hielt mich soeben an, um mir zu sagen, daß sie ganz frisch heute Morgen — meiner Berechnung nach muß es etwa fünf Minuten nach dem Mord gewesen sein — Sie den Korridor, habe hinaus laufen sehen. — von Lawrence's Zimmer bis zu Ihrem eigenen, als gälte es Ihr Leben. Meiner Meinung nach sind Sie vor dem Leben, das Sie gewonnen hatten, geflohen.

Gume! Jemand sah mich auf dem Korridor! Wer war es?

Das ist vorläufig ein Geheimnis. Die Person wird schon zur rechten Zeit Ihnen gegenüber gestellt werden. Sie sagt, daß der Schwere nur so über ihre Wachen floh, was um so seltsamer scheint, da der Morgen kühl war, Sie keine vollständige Konstitution haben und nur mit Ihrem Schlafrock bekleidet waren.

Ich könnte nur schwer meine Selbstbeherrschung bewahren. Was es denkbar, daß es schließlich doch keine Vision gewesen wäre; sondern daß ich ein tatsächlicher Zuschauer jener entsetzlichen Tragödie war?

Während ich mich noch bemühte, die neue Sachlage, wie Gumes Worte sie nahelegten, zu überblicken, öffnete sich die Tür und ein Mann trat ein.

Es ist einer der beiden Herren Herr Ferguson?

Ich bin es.

Dann sind Sie der Herr, an den man mich jedes Mal Herrn Edwin's Freund. Gott mag mir verzeihen, aber ich glaube, mein armer Herr hat ihn ermordet.

Kapitel 7. Morleys Verdacht.

Der Eingetretene war ungefähr sechzig Jahre alt, unterseht, grauhaarig, mit altmodischem, sauber gehaltenen Wadenbart. Er war ganz in schwarz gekleidet und trug sogar schwarze Handschuhe; seinen Hut hielt er in der Hand. Er schien sehr aufgeregt zu sein und blickte von einem zum anderen, als bemühte er sich, herauszufinden, wer oder was ihm wohl wäre. Gume erkannte ihn sogleich. Er ging quer durchs Zimmer auf ihn zu.

Morley, kommen Sie lieber zu mir! Sie wünschen mich zu sprechen, nicht diesen Herrn?

Ich unterbreche ihn.

Er hat nach Herrn Ferguson gefragt. Ich bin Herr Ferguson. Es scheint mir daher, daß er mit mir zu sprechen wünscht.

Reden Sie keinen Unsinn. Sie sind ihm ein Fremder. Ich sage Ihnen, es ist ein Versehen. Sie kennen mich, Morley, nicht wahr?

Der alte Herr sah Gume an, als sei er halb verwirrt.

Ja, Herr, o ja. Sie sind Dr. Gume. Ich kenne Sie ganz gut.

Hören Sie? Treten Sie zur Seite.

Das werde ich nicht tun. Und ich rate Ihnen sehr, Gume, nicht zu versuchen, sich in irgend einen Versuch bei mir hineinzumischen. Hören Sie?

Ich höre, aber ich werde mich nicht im geringsten daran kehren. Morley, ich verbiete Ihnen in Gegenwart dieses Herrn ein Wort zu sagen. Sie haben kein Recht in Gegenwart von Fremden über die Privatverhältnisse Ihres Herrn zu reden. Ich bin dessen Freund; ich will seine Interessen wahren. Ich sage Ihnen, wenn Sie Ihre Junge nicht sehr hüten, können Sie ihm ernstliches Unheil zufügen.

Nun gut, Gume, Ihnen Vorstellungen machen zu wollen, heißt seinen Atem vergeuden. Probieren wir einen anderen Weg. Ich hob ihn in die Höhe und trug ihn zur Tür.

Ich werde Sie jetzt vor die Tür setzen und hoffe, daß Sie, ehe Sie wieder einzutreten versuchen, wenigstens die Anfangsgründe anständigen Benehmens gelernt haben. hinaus mit Ihnen!

Und draußen war er. Ich schloß die Tür vor seiner Nase zu. Er hämmerte mit der Faust dagegen.

Das sollen Sie mir büßen.

Gut, schicken Sie mir nur Ihre Rechnung. Ich werde Sie wohl mit Ihrer Münze bezahlen.

Morley — ich verbiete Ihnen, ein Wort zu ihm zu sagen — auf Ihre Gefahr hin.

Ich wandte mich zu meinem Besucher.

Warte, Herr Morley, setzen Sie sich! Rummern Sie sich nicht weiter um unseren aufgeregten Freund! Man kann kaum behaupten, daß er gerade jetzt seiner Sinne ganz mächtig wäre — wie Sie wohl selbst bemerken. Ich bin, wie Sie sagten, John Ferguson, der Freund von Edwin Lawrence. Sie stehen, wie ich annehme, in Diensten seines Bruders, des Herrn Philipp?

Herr Morley war nicht gerade ruhiger geworden. Die Art meiner Behandlung Gumes schien Eindruck auf ihn gemacht zu haben; andererseits schien er von des Doktors ausdrücklichen Befehl, seine Junge zu hüten, beeinträchtigt; er sah gleichsam zwischen zwei Stühlen.

Ja, Herr, ich bin in Herrn Philipps Diensten; aber ich glaube, daß der Doktor vielleicht Recht hat und ich lieber über meinen Herrn spreche.

Möglich, Herr Morley, aber Sie haben schon gesprochen. Sie haben ihn des Mordes beschuldigt.

Nein Herr, das nicht.

Gerade eben, in Dr. Gumes und meiner Gegenwart, haben Sie gesagt, Sie glaubten, Herr Philipp habe Herrn Edwin getötet.

Oh, nein Herr, das nicht. So weit bin ich nicht gegangen. Jedenfalls meinte ich das nicht.

Was Sie meinen, ist eine andere Frage, gesagt haben Sie dies. Ich will Ihnen nur gleich bemerken, Herr Morley, daß ich nicht Ihrer Meinung bin. Ich glaube nicht, daß Herr Philipp irgendwie an der Ermordung seines Bruders beteiligt ist.

Nein, Herr? Ich — ich freue mich, das zu hören.

Sie werden sicher sehr bald von seinen eigenen Lippen eine Erklärung empfangen, die alle Ihre Zweifel zerstreut. Ich glaube, daß er das Ganze sofort aufklären kann, wenn Sie mich zu ihm führen.

Morleys Mund blieb offen stehen. „Zu ihm führen? Aber das, das ist es ja gerade. Ich weiß nicht, wo er ist. Ist er nicht — hier?“

Er blickte sich um, als wenn er halb und halb erwartete, Philipp Lawrence unter dem Tisch oder hinter dem Bohang versteckt zu finden.

Beruhe ich Sie recht, daß Sie sagen wollen, Ihr Herr wäre die ganze Nacht nicht nach Hause gekommen?

Ja, Herr, das macht mich ja gerade so — befürzt. Er ist ein Herr von so regelmäßigen Gewohnheiten — so regelmäßig; und ich würde nicht, daß er je vorher eine Nacht weggeblieben wäre, ohne mir vorher Bescheid zu geben.

Dann mußte er allerdings sehr regelmäßig in seinen Gewohnheiten sein.

Wo wohnt Herr Philipp Lawrence?

In der Arlington-Strasse; das ist seine Londoner Adresse.

Wann ging er fort?

Nach Mitternacht, in — in einer fürchterlichen Wut.

In fürchterlicher Wut? Ueber wen?

Nun Herr — Morley kam näher; er warf einen ängstlichen Blick umher und dämpfte seine Stimme; „ich bin kein reifseliger Mann in der Regel, wie jeder, der mich kennt, Ihnen bestätigen wird. Aber mich drückt etwas, was ich jemandem anvertrauen muß, obgleich Sie hörten, was Dr. Gume sagte. Aber vielleicht, Herr Ferguson, sind Sie nicht nur Herrn Edwin's, sondern auch Herrn Philipps Freund?“

Herr Morley, wenn Sie mir eine Mitteilung zu machen wünschen, so wird sie mindestens bei mir so gut aufgehoben sein, wie bei Dr. Gume. Ich sage Ihnen, ich glaube, die Hände Ihres Herrn sind rein. Um dies zu beweisen, müssen wir die Wahrheit feststellen. Wenn Sie irgend etwas zu sagen haben, was Licht in dieses Dunkel bringen kann, heraus damit, ehe es zu spät ist! Sagen Sie ein Wort!

Sie werden keinen Gebrauch davon zu seinen Ungunsten machen? Und Sie werden später nicht sagen, daß ich in ungehöriger Weise über ihn gesprochen hätte?

Ich werde keins von beiden tun!

Nun gut Herr, Sie gefallen mir, Sie sehen Vertrauen erweckend aus, und ich schmeichle mir ein, ganz guter Beurteiler von Gesichtern zu sein; und — und Ihre Art und Weise, mit Dr. Gume zu verfahren war — er hustete hinter der vorgehaltenen Hand — war zu komisch. Ich will Ihnen mein Herz ausschütten.

Das Jaudern des Alten hatte etwas Unwohlendes; es war klar, daß ihm etwas ganz ungewöhnliches vorkam, was ihm aus seinem Gleichgewicht zu drückte.

